

Ring Freiheitlicher Studenten



1070 Wien
Stuckgasse 9/11
E-Mail: bund@rfs.at
www.rfs.at

An die **Parlamentsdirektion**
Dr. Karl-Renner Ring 3
1017 Wien
begutachtung@parlament.gv.at.

Betreff: Stellungnahme zum Bundesgesetz, mit dem das Studentenheimgesetz geändert wird

Sehr geehrte Damen und Herren,

kosten für Miete und Wohnen gehören zu den größten Ausgaben der österreichischen Studenten. Vor allem in Ballungsräumen gestaltet sich die Wohnungssuche oft äußerst schwierig. Die rund 40.000 Studentenheimplätze, die österreichweit von gemeinnützigen und kommerziellen Studentenheimträgern zur Verfügung gestellt werden, leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, leistbaren und flexiblen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Da das Studentenheimgesetz (StudHG) zuletzt 1999 novelliert wurde, entsprechen die darin getroffenen Regelungen nicht mehr den heutigen Rahmenbedingungen.

Der Entwurf der Bundesregierung setzt die notwendigen Neuerungen um und garantiert, dass weiterhin ausreichend Wohnraum für unsere Studenten zur Verfügung gestellt werden kann. Besonders begrüßen wir, dass die Regierung nun endlich Rechtssicherheit für Studenten und Betreiber schafft und somit langjährige Forderungen des RFS umsetzt.

Als Ergänzung schlagen wir vor, dass Studentenheimplätze in gemeinnützigen, staatlich geförderten Heimen vorrangig an Personen vergeben werden sollen, die eine fünfjährige Aufenthaltsdauer in Österreich vorweisen können. Vom österreichischen Steuerzahler mitfinanzierte Heime sollen vorrangig auch österreichischen Studenten zur Verfügung stehen.

Maximilian Stangl
Bundesobmann RFS



Tatjana Schraml
Bundesgeschäftsführerin RFS